

Ministerin Dr. Gerlinde Kuppe
Ministerium für Gesundheit und Soziales
des Landes Sachsen-Anhalt
Turmschanzenstraße 25

39114 Magdeburg

Magdeburg, 05. September 2008

Offener Brief

Der KJR LSA weist auf die sich weiter manifestierenden Schwierigkeiten der jugendpolitischen Situation im Land hin

Sehr geehrte Frau Ministerin Dr. Kuppe,

die Hauptaufgabe des Kinder- und Jugendring Sachsen-Anhalt e.V. (KJR LSA) ist die Interessenvertretung von Kindern und Jugendlichen sowie seiner Mitgliedsverbände im Land Sachsen-Anhalt. Um dieses Ziel zu erreichen, arbeitet der KJR LSA seit seiner Gründung im Jahr 1990 konstruktiv mit der Landespolitik und der Landesverwaltung des Landes Sachsen-Anhalt zusammen.

Als fachlich anerkannter Interessenvertreter der Kinder und Jugendlichen im Land Sachsen-Anhalt wenden wir uns an Sie, Frau Ministerin Dr. Kuppe. Wir sehen die Rahmenbedingungen für die Kinder- und Jugendarbeit in unserem Land zunehmend als schwierig und gefährdet an. Die Kinder und Jugendlichen in unserem Land sind nicht mehr im Fokus der Entscheidungen. Eine zeitgemäße Entwicklung vieler Bereiche, auf die wir nachfolgend im Einzelnen eingehen werden, erscheint im Moment blockiert – eine Bewegung im Interesse der Kinder und Jugendlichen ist nicht in Sicht.

In unseren Augen sehr dringende Probleme bzw. Fragestellungen warten auf kommunaler und Landesebene derzeit vergeblich auf ihre Lösungen.

Der KJR LSA steht für einen konstruktiven Dialog mit Politik und Verwaltung. Im Interesse der Kinder und Jugendlichen sowie der vielen ehrenamtlichen und hauptamtlichen

Mitarbeiter/innen im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit müssen umgehend praktikable und zukunftsweisende Lösungen der anstehenden Probleme in transparenten und beteiligungsoffenen Prozessen gefunden werden.

Der Kinder- und Jugendring LSA fordert deshalb kurzfristig einen Zukunftsdialog! Alle Prozesse und Entscheidungen müssen konstant die Kinder und Jugendlichen mit ihren Bedürfnissen im Blick haben. Das Land und die Kommunen müssen alle Handlungsspielräume ausnutzen bzw. solche wieder schaffen. Da diese Struktur nur mit verlässlichen Partnern geschaffen werden kann, müssen Verbindlichkeiten als solche gehalten und die Träger vor Ort gestärkt werden.

Einige Beispiele aus den Bereichen der Kinder- und Jugendarbeit sollen aufzeigen, wo der KJR LSA Problembereiche sieht, welche dringend bearbeitet werden müssen.

1. Kinder und Jugendliche im Blick haben!

Beispiel: Verfahrensgrundsätze Jugendbildung

Der KJR LSA erwartet keine weitere Hinauszögerung der Überarbeitung und Veröffentlichung der Verfahrensgrundsätze für 2008 – 2010!

Ein Überarbeitungsbedarf der Verfahrensgrundsätze zeichnete sich 2006 ab. Die Landesverwaltung (Rechnungshof) äußerte bezüglich Passagen der Richtlinien Bedenken und drängte auf eine schnelle Überarbeitung. Hinzu kam, aufgrund von veränderten Rahmenbedingungen (fachliche und inhaltliche Ergänzungen, Personal- und Sachkostensteigerungen), dass auch aus Sicht des KJR LSA die Richtlinien der Realität angepasst werden mussten. Ein erstes Treffen mit dem LJA fand im Frühjahr 2006 statt. Die Richtlinien sollten mit einer Laufzeit von 2008 bis 2010 verabschiedet werden. Ziel des Landes war die Veröffentlichung der Richtlinie Anfang 2007.

Nach intensiver Arbeit in den Jahren 2006 und 2007 (LJA, MS, KJR LSA) gab es Ende 2007/Anfang 2008 einen fast fertigen Richtlinienentwurf, welcher gemeinsam vom MS, LJA und KJR LSA verantwortet wurde. Dieser wurde im Februar 2008 in einer veränderten Version dem KJR LSA wieder vorgelegt. In dieser Version waren Änderungen von Seiten der Finanzabteilung vorgenommen worden, welche für die Verbände im Ergebnis nicht tragfähig sind. Seit dem Einspruch durch den KJR LSA im Februar 2008 gab es keine neuen Entwicklungen. Von Seiten des MS wurde der Veröffentlichungstermin immer weiter verschoben. Momentan wird von frühestens Januar 2009 gesprochen. Die Verbände befinden sich somit seit Sommer 2007 in einer Warteposition und müssen in dieser Unklarheit planen. Angepasst wurde die derzeit aktuelle Richtlinie nur im Bereich der Landkreisregelung (durch die neuen Landkreise) und der Auflage, dass die Verbände „Angebote gegen Rechts“ aufnehmen sollen.

Gleichzeitig gab es intensive Verhandlungen zur Einstufung der Jugendbildungsreferent/innen im Rahmen des neuen Tarifwerkes. Im Ergebnis eines langen

Verständigungsprozesses wurde festgelegt, dass die Einstufung (TV-L 10) im Rahmen der neuen Richtlinie festgeschrieben werden soll. Hierfür erstellte der KJR LSA eine Musterstellenbeschreibung, die dem LJA und dem MS zur Prüfung seit einigen Monaten vorliegt. Eine Einzelfallprüfung sollte so im Interesse des Ministeriums, des Landesjugendamtes und der Träger abgewendet werden und es zu einer Verwaltungsvereinfachung kommen. Da es im Moment keine neue Richtlinie gibt, bestehen hier Rechtsunsicherheiten auf Seiten der Verbände. Auch hier erfolgten umfangreiche Zuarbeiten durch den KJR LSA.

Eine Verabredung mit dem MS besagt zur Zeit, dass weitere Verhandlungen im Sommer 2008 (nach Möglichkeit Ende der Schulzeit/ Anfang der Ferien) erfolgen sollten. Gleichzeitig wurde signalisiert, dass die Richtlinie Jugendbildung zu Gunsten der Fertigstellung und Verabschiedung der Richtlinie zum ESF-Programm keine Priorität hat.

2. Transparenz und zeitnahe Zielerreichung!

Beispiel: ESF-Programm

Der KJR LSA fordert rechtzeitige Herausgabe von Programmen, um den Trägern Konstanz und Sicherheit zu geben.

Mit massiver Verzögerung wurde am 07.07.2008 die Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für das ESF-Programm „Projekte zur Vermeidung von Schulversagen und zur Senkung des vorzeitigen Schulabbruchs“ erlassen. Die Richtlinie zu diesem bereits im Schuljahr 2008/ 2009 startenden Programm verzögerte sich auf Grund von Problemen und Abstimmungsschwierigkeiten innerhalb der Landesverwaltung und der EU. Nach unserem Eindruck gestaltete sich insbesondere der Abstimmungsprozess zwischen dem Kultusministerium, dem Ministerium für Gesundheit und Soziales sowie dem Finanzministerium als höchst problematisch und zeitaufwendig.

Für die freien Träger, die im Rahmen dieser Richtlinie Projekte und Netzwerkstellen beantragen, brachte diese Verzögerung massive Probleme mit sich, da vorbereitende Maßnahmen (konzeptionelle Erarbeitung, Finanzplanung, Abschluss von Kooperationen, Personalauswahl...) nur auf Grundlage von Vermutungen und Entwürfen getroffen werden konnten. Dies ist umso kritischer zu betrachten, da sich in dem Prozess der Richtlinienentwicklung viele freie Träger, darunter auch der KJR LSA, konstruktiv und mit viel Engagement, z.B. im Rahmen von Stellungnahmen, in die Erarbeitung der Richtlinie eingebracht haben.

3. Akzeptanz der Entscheidungen des Landesjugendhilfeausschusses!

Beispiel: Fachstelle Jugendberufshilfe

Der KJR LSA beantragt eine umgehende Entscheidung zur Einrichtung der Fachstelle Jugendberufshilfe.

Offen ist die Diskussion um eine Fachstelle Jugendberufshilfe, die den Bereich der Jugendberufshilfe für das Land Sachsen-Anhalt koordinieren soll. Grundlage der Einrichtung der Fachstelle ist der Beschluss des LJHA vom 21.09.2005.

Ziele dieser Fachstelle können u.a. sein:

- eine Potenzialanalyse zu der Jugendberufshilfe (JBH) im Land zu erstellen,
- die landesweite Vernetzung von Trägern und Angeboten der JBH/ JSA zu unterstützen,
- die öffentlichen Träger der JBH bei der Erarbeitung von Förderrichtlinien und Landesprogrammen zur Benachteiligtenförderung zu beraten,
- die Kooperation der Leistungsträger auf örtlicher und überörtlicher Ebene sowie die Initiierung regionaler Netzwerke anzuregen und fachlich zu unterstützen sowie zu begleiten.

Mehrere Versuche des KJR LSA, die Umsetzung der Beschlüsse zu beschleunigen, sind bisher gescheitert.

4. Lösungen für Probleme schnell finden!

Beispiel: Grundsätze JuLeiCa

Der KJR LSA fordert das Land auf, zeitnah die Grundsätze JuLeiCa gemeinsam zu vervollständigen und zu veröffentlichen.

In enger Absprache mit dem Ministerium für Gesundheit und Soziales hat der KJR LSA im Rahmen seines Arbeitskreis JuLeiCa 2005/ 2006 einen Prozess der Überarbeitung der Grundsätze für die JuLeiCa-Ausbildung angestoßen.

Grund hierfür war, dass die derzeit immer noch gültigen Grundsätze, abgesehen von einer kleinen redaktionellen Änderung in 2004, aus dem Jahr 1999 stammen und aus fachlicher Sicht dringend einer Änderung bedürfen.

Das Ergebnis der Überarbeitung wurde dem Ministerium für Gesundheit und Soziales zugeleitet, anschließend wurden die Änderungswünsche sowie Nachfragen des Ministeriums im AK JuLeiCa besprochen, beantwortet und eingearbeitet.

Die Grundsätze liegen seit 2007 der zuständigen Abteilung des MS vor, eine Bearbeitung bzw. eine Reaktion an den KJR LSA erfolgte trotz mehrfachen Nachfragens bis Ende Juli 2008 nicht. Lediglich wurde erklärt, dass das MS klären müsse, in welcher rechtlichen Form (Erlass, Richtlinie, Empfehlung etc.) die Grundsätze vom Ministerium zu verabschieden seien.

5. Landkreise nicht aus der Verantwortung entlassen – Steuerungsfunktion des Landes wahrnehmen!

Beispiel: Jugendpauschale und Fachkräfteprogramm

Der KJR LSA weist eindringlich auf die Gefahr der Kofinanzierung des Fachkräfteprogramms durch die Jugendpauschale mit Blick auf die desolante Haushaltssituation hin.

Mit der Überarbeitung der Landesförderprogramme „Jugendpauschale“ und dem „Fachkräfteprogramm“ hat das Land Sachsen-Anhalt zugunsten der Selbstverwaltung der Kommunen wichtige Steuerungselemente aufgegeben. Seit der Verabschiedung der Förderprogramme ist zunehmend die Tendenz festzustellen, dass sich die Kommunen aus der Verantwortung und insbesondere aus der Gegenfinanzierung der Programme verabschieden. Basierend auf der desolaten Haushaltssituation vieler Kommunen kam es zudem Anfang 2008 vermehrt zu dem Problem, dass aufgrund nicht genehmigter Haushalte und damit einer nicht abgesicherten Kofinanzierung, die Mittel des Fachkräfteprogramms nicht ausgezahlt werden konnten. Hierfür wurde schließlich die Lösung gefunden, dass die Kofinanzierung des Fachkräfteprogramms vorläufig durch die Jugendpauschale abgesichert werden kann. Unklar bleibt, was passiert, wenn die Gelder aus der Jugendpauschale aufgebraucht sind und weiterhin kein beschlossener Kommunalhaushalt vorliegt. Dies bedeutet dann sowohl für die Träger und Einrichtungen, die bisher aus der Jugendpauschale finanziert wurden, als auch für die Träger, die durch das Fachkräfteprogramm finanziert werden, eine erneute große finanzielle Unsicherheit.

Der KJR LSA sieht nun die Gefahr, dass dies keine Ausnahmeerscheinung bleibt, sondern zu einer Dauerregelung wird. Dies würde einen weiteren Rückzug der Kommunen aus der Finanzierung der Jugendarbeit bedeuten und zwangsläufig dazu führen, dass weitere freie Träger existenziell gefährdet sind. Der KJR LSA erkennt zurzeit keine Bestrebungen von Landesseite (Politik und Verwaltung), dieser Gefahr entgegenzuwirken.

6. Planungssicherheit für freie Träger!

Beispiel: Unsicherheit der Förderung

Der KJR LSA mahnt die Handlungsunsicherheit der Träger aufgrund von vorläufiger Haushaltsführung und unerwarteten Budgetkürzungen im laufenden Jahr an.

Für die landesweit tätigen freien Träger bestand zudem von Anfang bis Mitte des Jahres 2008 massive Unsicherheit bezüglich der Weiterfinanzierung der Arbeit. Im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung wurde zwar die bestehende Arbeit abgesichert, unklar war jedoch, ob bzw. in welcher Höhe Kürzungen der Zuschüsse letztlich stattfinden würden. Das finanzielle Risiko der Weiterarbeit oblag ab dem 01.01.2008 den freien Trägern. Diese Planungsunsicherheit inklusive des gestiegenen Verwaltungsaufwandes, der auch bei den

freien Trägern durch die vorläufige Haushaltsführung entstand, erschwerte die fachliche und inhaltliche Arbeit. Die nun beschlossene pauschale Reduzierung der Zuschüsse um 10% für die Träger, welche sich in der Institutionellen Förderung befinden, wurde diesen Mitte des Jahres bekannt gegeben. Von der Kürzung ausgenommen sind der Landesfrauenrat und die Landesstelle Kinder- und Jugendschutz. Planungen mussten daraufhin verändert und weitere Einsparungen der bereits knappen Mittel vorgenommen werden.

7. Ohne Fachkräfte keine Perspektive für die Kinder- und Jugendarbeit!

Beispiel: Qualitätsverlust durch Personalpolitik

Der KJR beobachtet, dass im Zuge der Entwicklung wichtige Fachkräfte dem Land nicht mehr ausreichend zur Verfügung stehen

Verstärkt verzeichnen wir in Sachsen-Anhalt eine Abwanderung an gut ausgebildeten pädagogischen Fachkräften. Nach uns vorliegenden Zahlen verlassen ca. 40 % (laut DJI Studie 2008) der Absolvent/innen im sozialen Bereich unser Land. Für die Fachkräfte, die bleiben, existieren enorme Verunsicherung in Bezug auf Projektförderung und berufliche Perspektiven. Stellenbesetzung mit Fachkräften wird immer schwieriger.

An den Beispielen:

- Umgang mit dem Thema Jugendbildungsreferent/innen bei der Erarbeitung der neuen Verfahrensgrundsätze,
- Aussagen zur Einstufungen der Mitarbeiter/innen der Geschäftsstelle des KJR LSA und
- Diskussion zur Einstufung der Schulsozialarbeiter/innen beim ESF-Programm

zeigt sich deutlich, dass durch das neue Tarifwerk nicht nur Kosten gesenkt werden sollen, sondern auch eine Abwertung der Arbeit an sich in Kauf genommen wird.

8. Verlässliche Kommunikation – Verwaltungsaufwand kontra praktische Arbeit!

Beispiel: Finanzierung der Geschäftsstelle des KJR LSA

Der KJR LSA erwartet einen fairen Umgang miteinander sowie die Akzeptanz von Verbindlichkeiten mündlicher als auch schriftlicher Art.

Problematisch ist derzeit der Umgang des Landesverwaltungsamts und Ministeriums in Bezug auf die Förderung des KJR LSA. Mündlich getroffene Zusagen werden nicht eingehalten oder anders interpretiert. Zuarbeiten werden abgefordert, Entscheidungen erfolgen jedoch trotz zügiger und umfangreicher Erledigung dieser nicht. Insbesondere betrifft dies Zusagen und Entscheidungen bezüglich der Eingruppierung und der Stellenanteile fast aller Mitarbeiter/innen der Geschäftsstelle. Hinzu kommen immer

detailliertere Anfragen z.B. zu Projektanträgen und Abrechnungen, die in ihrem Umfang weit über das Ausmaß früherer Jahre hinausgehen und ein solches Mehr an Arbeit in Form von Rechtfertigungen erfordern, dass andere Aufgaben zurückstehen müssen. Insbesondere das

Missverhältnis zwischen den an den KJR LSA gestellten Ansprüchen bezüglich umfassender Zuarbeiten und dem oben beschriebenen Umgang mit Absprachen bzw. der Verzögerung von Entscheidungen ist für den KJR LSA nicht mehr tragbar.

Sehr geehrte Frau Ministerin Dr. Kuppe, der Kinder- und Jugendring Sachsen-Anhalt e.V. ist kurzfristig gesprächsbereit, um mit Ihnen gemeinsam adäquate Lösungen zu finden! Wir möchten Sie bitten, dass das Thema Kinder- und Jugendarbeit nicht zu Gunsten der Gesundheitspolitik, des Sportes oder z.B. der Wirtschaftsförderung abfällt. Kinder- und Jugendarbeit ist eine Querschnittsaufgabe und benötigt viel Beachtung und handlungsorientierte Unterstützung.

Mit freundlichen Grüßen im Auftrag der Mitglieder

Rolf Hanselmann

Vorsitzender

Adventjugend in Mitteldeutschland, AG KKJR c/o Kinder- und Jugendring Jerichower Land e.V., Bildungsvereinigung Arbeit und Leben Sachsen-Anhalt, Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ), Chorjugend Sachsen-Anhalt e.V., Christlicher Verein Junger Menschen Sachsen-Anhalt (CVJM), Deutsche Beamten Bund Jugend Sachsen-Anhalt (DBBJ), DGB-Jugend Sachsen-Anhalt, djo - Deutsche Jugend in Europa Landesverband Sachsen-Anhalt, DLRG-Jugend (Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft) Landesverband Jugend Sachsen-Anhalt e.V., Entschieden für Christus - EC-Verband für Kinder- und Jugendarbeit in Sachsen-Anhalt, Evangelische Jugend Anhalts, Evangelische Jugend der Kirchenprovinz Sachsen; Kinder- und Jugendpfarramt, fjp>media Verband junger Medienmacher, Gemeindejugendwerk Niedersachsen - Ostwestfalen - Sachsen-Anhalt, Interessenvereinigung Jugendweihe e.V., Internationaler Bund, Johanniter-Jugend Landesverband Sachsen-Anhalt – Thüringen, Jugendfeuerwehr Sachsen-Anhalt, Jugendrotkreuz im DRK-Landesverband Sachsen-Anhalt, Landesjugendwerk der AWO Sachsen-Anhalt e.V., Landesverband der KIEZe Sachsen-Anhalt e.V., Landjugendverband Sachsen-Anhalt e.V., Naturschutzjugend Landesverband Sachsen-Anhalt e.V., Paritätisches Jugendwerk Sachsen-Anhalt, Pfadfinderring Sachsen-Anhalt e.V., SJD - Die Falken Landesverband Sachsen-Anhalt, Sportjugend im Landessportbund Sachsen-Anhalts, THW-Jugend e.V. Berlin - Brandenburg - Sachsen-Anhalt, Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. Landesverband Sachsen-Anhalt